

8. Kleinarbeit und Aufbruch- die siebziger Jahre

Durch die Wahl von Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten und von Willy Brandt zum Bundeskanzler im Jahre 1969 und die große Bestätigung der neu eingeschlagenen Politik der Regierung Brandt/Scheel durch die Bundestagswahl 1972 wurde eine vorläufige Klimaveränderung der politischen Situation innerhalb und außerhalb der BRD gekennzeichnet.

Das Feindbild eines „angriffslüsternden ‘Todfeindes’ auf der jeweils anderen Seite des Eisernen Vorhangs“ wurde langsam abgebaut. „Strategien des militärischen ‘roll-back (John F. Dulles)’“ wandelten sich „zu der Idee der ‘friedlichen Koexistenz’ gegenseitiger Gesellschaftssysteme“ (113). Dies wurde auf der bundesrepublikanischen Seite durch den Begriff „Entspannung“ charakterisiert. In diese Politik, deren Höhepunkt die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Bundeskanzler Willy Brandt darstellte, wurden zumindest zu Beginn des Jahrzehnts von vielen Bürgern große Erwartungen gesetzt. Die vertraglichen Fortschritte, die in diesen Jahren erzielt wurden, wie der „Grundlagenvertrag“ mit der DDR, der „Moskauer Vertrag“ über die Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion, der „Warschauer Vertrag“ zwischen der BRD und Polen und nicht zuletzt die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki fünf Jahre später schienen dies zu bestätigen.

Zwar wurde die BRD in dieser Zeit nuklear enorm aufgerüstet (1967 wurde z.B. mit der Stationierung der Pershing IA begonnen), aber der überwiegende Teil der Bevölkerung glaubte an eine gesicherte und friedliche Zukunft. Daß in diesen Jahren Militärtechnologien fieberhaft und mit großem Erfolg an „kleineren“ und „einsatzfähigeren“ Atomwaffen mit großer Treffsicherheit, minimaler Fluggeschwindigkeit und verminderter Sprengkraft arbeiteten und ihre Ergebnisse in Produktion gegeben wurden, war nicht Gegenstand des öffentlichen Interesses. So begann, um ein Beispiel zu nennen, das Programm zum Bau amerikanischer Marschflugkörper, also der „cruise missile“, bereits 1970 – neun Jahre bevor die NATO ihren „Nach“-Rüstungsbeschluß faßte. (114)

Die großen antimilitaristischen Bewegungen, wie sie bisher skizziert wurden, blieben in diesen Jahren aus.

Die ehemaligen Teilnehmer der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ und der übrigen Außerparlamentarischen Opposition wandten sich Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre vielfältigen neuen oppositionellen Ansätzen zu: Teilweise wollten sie die SPD umkrempeln, andere traten in die eben entstandene DKP ein oder gründeten neue Parteien und Organisationen (K-Gruppen, Sozialistisches Büro); eine Reihe von Dritte-Welt-Gruppen entstand, die sich vor allem dem Problem der Abhängigkeit und Unterentwicklung annahmen; eine Frauenbewegung bildete sich, in der sich Frauen ihrer spezifischen Emanzipationsfrage zuwandten; wiederum ein anderer Teil der ehemaligen APO – wenn auch nur ein relativ kleiner – wollte die gesellschaftlichen Widersprüche der BRD mit der Waffe in der Hand lösen.

Wie bereits beim Ende des Ostermarsches angedeutet wurde, hatten viele Ostermarschierer erkannt, daß sich hinter den Problemen Rüstung und Abrüstung die Frage nach der Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft verbarg. Für viele war wirklicher Friede nur im Sozialismus möglich. Deshalb suchten sie nach neuen Ansätzen für ihr Engagement. Bei einer Großzahl der undogmatischen Linken kam zu dieser Erkenntnis noch ein weiterer Grund hinzu, warum sie sich Anfang der

siebziger Jahre von der Friedensbewegung abwandten: das Verhältnis zum sogenannten „real existierenden Sozialismus“. Kritik an der „Friedenspolitik“ der Sowjetunion wurde von den „Realsozialisten“ mit dem Vorwurf beantwortet, man sei Antikommunist bzw. man betreibe objektiv das Geschäft des Antikommunismus. Dieser Vorwurf wurde mit dem – sicher richtigen – Hinweis abgesichert, daß der Antikommunismus eine der Hauptkriegsursachen sei. Demnach sei Kritik an der Sowjetunion kriegsförderlich. Das durch diesen Vorwurf erzeugte schlechte Gewissen dürfte vielen undogmatischen Linken den Ausstieg aus der antimilitaristischen Arbeit erleichtert haben. Sie wandten sich lieber anderen Arbeitsfeldern zu. (115)

Das ist übrigens auch ein wichtiger Grund dafür, warum in den weiterbestehenden antimilitaristischen Gruppen die der DKP nahestehenden Kreise überproportional vertreten waren.

Trotz dieser Abkehr von großen Teilen der außerparlamentarischen Opposition gab es in den siebziger Jahren doch noch Interesse an der antimilitaristischen Arbeit. Das wird vor allem an dem sehr zahlreichen Angebot antimilitaristischer und pazifistischer Zeitschriften deutlich:

„Zivilcourage“, „Antimilitarismus Information“, „DGFK-Informationen“, „Friedensanalysen“, „Pazifistische Rundschau“, „Gewaltfreie Aktion“, „Graswurzelrevolution“ haben zusammen etwa 30 000 Abnehmer pro Auflage. Dazu kommen noch Zeitschriften für Zivildienstleistende. (116)

Ebenfalls in den siebziger Jahren setzte sich die Friedensforschung als eigenständige wissenschaftliche Disziplin durch. Das gelang vor allem, nachdem auf Anregung des damaligen Bundespräsidenten Heinemann am 28.10.1970 die „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ (DGFK) gegründet wurde, die eine wichtige Förderinstitution wurde.

Allerdings fanden die Friedensforscher – u.a. aufgrund ihrer oft schwer verständlichen wissenschaftlichen Sprache – zunächst kaum einen Draht zu breiteren Bevölkerungsschichten. Aber immerhin lieferten sie für die weiterhin in der antimilitaristischen Arbeit Engagierten wertvolle Informationen und Analysen. In den einige Jahre später gegründeten friedenspädagogischen Einrichtungen wie der „Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.“ in München oder dem „Verein für Friedenspädagogik“ in Tübingen wird deshalb unter anderem versucht, die Ergebnisse der Friedensforschung in praktische Friedensarbeit umzusetzen. Dies geschieht zu einem großen Teil durch Erstellen von Publikationen und Medien, wie Ton-Bild-Serien oder Ausstellungen. So wurde zum Beispiel die 1975 von der „Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.“ erstellte Wanderausstellung „Es ist so schön, Soldat zu sein ...“ von nahezu 200 000 Besuchern gesehen.

Eine Organisation, in der sich viele engagierte Antimilitaristen zusammenfanden, ist die traditionsreiche „Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK). Die DFG-VK ist aus einer ersten Fusion der „Deutschen Friedensgesellschaft“ mit der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ (IdK) im Jahre 1968 und einer weiteren Fusion mit dem „Verband der Kriegsdienstverweigerer“ (VK) im Jahre 1974 hervorgegangen. Sie spielt mit ihren zahlreichen Ortsgruppen vor allem in der Beratung der Kriegsdienstverweigerer eine bedeutende Rolle.

Weiter gab es im kirchlichen Bereich – vor allem im evangelischen – zahlreiche Gruppen, die sich mit dem Thema „Frie-

den“ beschäftigten. „Ohne Rüstung leben“ und „Christen für die Abrüstung“ – beide in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entstanden – sind inzwischen wichtige Pfeiler der neuen Friedensbewegung geworden.

Das breiteste Feld, in dem sich Menschen in diesem Jahrzehnt mit Fragen von Militarismus, Rüstung, Abrüstung und Frieden konfrontiert sahen, ist sicherlich die Kriegsdienstverweigerung. Wenn man hier die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer mit denen aus früheren Jahren vergleicht, muß man von einem wahren Boom in den siebziger Jahren sprechen, dem sich die Kreiswehersatzämter gegenüber sahen. Innerhalb von sechs Jahren verdoppelte sich die Zahl der Antragsteller von 19 363 auf 40 618. Das Ausmaß dieser „Bewegung“ verdeutlichen die folgenden Zahlen:

Jahr	Anträge	Jahr	Anträge
1969	14.420	1976	40.618 (117)
1970	19.363	1977	69.969
1971	27.657	1978	39.720
1972	33.792	1979	45.454
1973	35.192	1980	54.193
1974	34.150	1981	58.051 (118)
1975	32.565		

Einen öffentlichen Höhepunkt erreichte hier eine Großdemonstration der Kriegsdienstverweigerer im Januar 1977 in Dortmund: 10 000 protestierten gegen die geplante Kasernierung von Zivildienstleistenden, für eine Abschaffung der Gewissensprüfung und für die Beschränkung des Zivildienstes auf den humanitären Bereich. Punktuell durchgeführte Warnstreiks

und andere Aktionen, die zum Teil Disziplinarstrafen nach sich zogen, unterstützten die Forderungen. Doch die hohen Verweigererzahlen schlugen sich in den siebziger Jahren wenig in den antimilitaristischen Organisationen und öffentlichen Aktivitäten nieder.

Viele Menschen konnte in diesem Jahrzehnt auch das 1974 gegründete „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ) bei einzelnen Großveranstaltungen erreichen. Das KOFAZ, ein reines Organisationskomitee ohne kontinuierlich arbeitende Basis, führte ab 1976 zentrale Demonstrationen und Kundgebungen durch. Diese fanden jedes Jahr den Zuspruch von einigen Zehntausend. Beim Auftakt 1976 beteiligten sich immerhin – nach höchsten Schätzungen – 40 000 Demonstranten. Allerdings gelang es dem KOFAZ mit seinen zentralen Aktionen kaum, bis dahin uninteressierte Bürger anzusprechen.

Eine phantasievollere Aktion in der Nachfolge der Ostermärsche war die „Abrüstungsstaffette“, die der baden-württembergische Landesverband der DFG-VK vom 24. April bis 29. Mai 1976 veranstaltete und an der sich 30 Ortsgruppen und Arbeitskreise beteiligten. Dabei kamen zu den 142 öffentlichen Veranstaltungen in 36 Staffetten-Etappen etwa 12 000 Personen. Aus dem Bericht der Veranstalter wird die Vielfalt der Aktivitäten deutlich: „Spiegel-Eigeninszenierung, Abrüstungs-Quiz, Straßentheater, Dia-Schau, Stellwände mit Graphiken und Schaubildern, Wurfprobe (‘Runter mit der Rüstung’), Interview, Friedensengel-Spiel, Film, Fußballspiel, Abrüstungskasper, Kinderfest, Straßenfriedensgottesdienst, Ausstellung,

FRIEDEN FESTIGEN ABRÜSTEN

**1. SEPTEMBER 1979
ANTI-KRIEGSTAG**

NIE WIEDER KRIEG

**DEN FRIEDEN SICHERN —
DAS WETTRÜSTEN BEENDEN!**

**MÜNCHNER
BÜRGERINITIATIVE
FÜR FRIEDEN
UND ABRÜSTUNG**

Beendet das Wettrüsten

Dichterlesung, Traktor mit Abrüstungssaurier, Friedenswanderung – dies sind einige Stichworte über Medien und Aktionsformen, mit denen versucht wurde, unsere Forderung nach Abrüstung zu verdeutlichen“. (119)

Dennoch waren die Veranstalter mit diesem Versuch einer Basismobilisierung für die Abrüstung nicht ganz zufrieden: „Bei vielen Besuchern unserer Veranstaltungen war leider die Zahl der Freunde und Sympathisanten im Verhältnis zu den übrigen Besuchern immer noch zu groß“. (120) Hier wird ein Grundproblem deutlich, welches in diesem Jahrzehnt für die antimilitaristische Arbeit charakteristisch gewesen ist und noch heute vielerlei Schwierigkeiten bereitet: die Tatsache, nur einen bestimmten Personenkreis für diese Problematik interessieren zu können.

Nicht vergessen werden dürfen in der Vielzahl der Aktivitäten vor Ort die Jugendgruppen und Jugendverbände. Durch ihre kontinuierliche Auseinandersetzung mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Unterentwicklung oder auch mit der Notwendigkeit eines alternativen Lebensstils wurde eine Sensibilität, die bei der Jugend für diese Fragen vorhanden ist, gefördert, so daß Ende der siebziger Jahre die Rüstungsproblematik als Bedrohung allen Lebens immer stärker ins Blickfeld geriet. Zahlreiche Jugendverbände griffen das Thema Frieden (jetzt unter einem antimilitaristischen Aspekt) auf und machten es zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage nach jenen Bedingungen, die es erlaubten, daß im selben Jahrzehnt mit der Ökologie-Bewegung eine relativ breite Bewegung in einem ganz anderen Bereich entstand. Der relative Erfolg der Ökologiebewegung ist eine wichtige Grundlage für das Engagement vieler Menschen in der Friedensbewegung der achtziger Jahre.

Über Jahre hinweg entstanden zahlreiche Bürgerinitiativen, die zunächst wenig oder gar nichts miteinander gemein zu haben schienen. Sie richteten sich gegen den Bau von Kernkraftwerken, gegen die Erweiterung des Straßennetzes, gegen die zunehmende Umweltverschmutzung und andere gesellschaftliche Mißstände. Ein erster Höhepunkt, der bald zu einem Symbol der Widerstandsaktionen von Bürgerinitiativen wurde, waren die Aktionen gegen den Bau des Kernkraftwerkes Wyhl. Dort begannen sich Menschen gegen eine unmittelbar in ihrer Umgebung entstandene Gefahr zu wehren. Der anfänglichen Forderung „Kein KKW in Wyhl“ folgte bald ein „Kein KKW in Wyhl und auch nicht anderswo“. Viele Menschen, die hier zum ersten Mal in ihrem Leben auf derartige Weise Widerstand leisteten, wurden angeregt, über wirtschaftliche und politische Zusammenhänge nachzudenken. Der Widerstand der Kaiserstuhlbauern blieb keine Ausnahme. Ihre Wirkung hatten sicher auch verschiedene wissenschaftliche Studien wie „Die Grenzen des Wachstums“ von Dr. Meadows sowie die Ölkrise von 1973. Vielen Menschen wurde eine „Zäsur“ deutlich, zwischen dem, was bis dahin machbar erschien und den Grenzen, die nun sichtbar wurden. Ein Wertewandel, der sich dann Anfang der achtziger Jahre noch viel deutlicher zeigen sollte, begann sich zu entwickeln. Hinzu kam noch der Widerspruch zwischen dem angeblich laufend steigenden Wohlstand durch ziel- und zügelloses Wirtschaftswachstum und der faktischen Verschlechterung der Lebensqualität. Diese Faktoren waren Grund genug, um viele Menschen gegen die weitere industrielle Expansion zu mobilisieren. So konnte die Ökologiebewegung eine recht breite Basis in der Bevölkerung gewinnen und eine effektive Organisationsstruktur aufbauen.

Weitere Mobilisierungseffekte für die Ökologiebewegung bestanden darin, daß diese Bewegung nicht nur gegen, sondern auch für etwas eintrat: Es wurden vielfältige gesamtgesellschaftliche Alternativen entwickelt; die Sonne wurde zum Symbol und steht dafür, daß es sich um eine Lebensbewegung handelt.

Um wieder auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, warum der Ökologiebewegung in den siebziger Jahren etwas gelang, was der Friedensbewegung verwehrt blieb – die Mobilisierung vieler Menschen für ihr Anliegen – so läßt sich auf jeden Fall festhalten, daß sich viele Bürger durch ökologische Veränderungen in ihrem Nahbereich direkt betroffen fühlten. Diese

Betroffenheit eröffnete die Möglichkeit eines Politisierungsprozesses für viele. Theodor Ebert faßt die unterschiedlichen Bedingungen dieser beiden Bewegungen für diese Jahre treffend zusammen: „Die Ökologiebewegung verweist auf eine Krise bzw. Katastrophe, welcher die Industriegesellschaft bei einer weiteren Steigerung des Bruttosozialprodukts zusteuert. Sie ist hierin der Friedensbewegung vergleichbar, die ihrerseits eine Katastrophe für den Fall eines kriegerischen Konfliktes vorhersagt. Sie ist jedoch mobilisierungsfähiger, weil die ökologische Krise bereits da ist und akut spürbare Auswirkungen zu sehen oder unmittelbar vorherzusehen sind. Weiterhin betrifft sie Menschen stärker, weil die katastrophalen Wirkungen nicht nur eintreten als Folge menschlichen Versagens, sondern geradewegs als Ergebnis menschlicher Anstrengungen. Die Friedensbewegung trifft ja immer wieder auf die lähmende Erwartung der Menschen, daß sich Kriege durch das kluge Verhalten von Staatsmännern in letzter Minute doch noch verhindern ließen“. (121)

Eine Reihe von Antimilitaristen und Pazifisten erkannten, daß im Ökologiebereich eine breitere Mobilisierungschance bestand als im antimilitaristischen. Sie begaben sich deshalb mit ihrem Engagement verstärkt in die Ökologiebewegung, in der Hoffnung, in einer späteren Phase auch eine Querverbindung zwischen Ökologiebewegung und Antimilitarismus herstellen zu können. (122)

Diese Bestrebungen fanden dann im Herbst 1979 mit dem Kongreß „Ökologie und Frieden“, zu dem die Vorstände des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) gemeinsam aufgerufen hatten, erstmals einen deutlichen öffentlichen Ausdruck.



Anmerkungen

- (113) Vilmar, F. in: Wochen-Schau, Nr. 13/14, 1977
- (114) Albrecht, U. in: Frankfurter Rundschau, 6.2.1982
- (115) Vgl. Schlaga, R. in: Graswurzelrevolution, Nr. 62, 2/82
- (116) Vgl. Ebert, T. in: Junge Kirche, 7/1977, S. 377
- (117) Zit. nach antimilitarismusinformationen, 3/1980
- (118) Barth, P.: Bundeswehr in Staat und Gesellschaft, München 1982, S.72
- (119) Zit. nach Ebert, T. in: Junge Kirche, 7/1977, S. 377
- (120) Ebenda
- (121) Ebert, T. in: Gewaltfreie Aktion, 45/46, S. 5ff.
- (122) Vgl., Ebert, T. in: Junge Kirche, 7/1977, S. 379ff.